Stadt Wuppertal
Der Oberbürgermeister

Geschäftsführung
Ausschuss für Soziales, Familie und Gesundheit

Es informiert Sie	Silke Meuter
Telefon (0202)	+49 202 563 2336
Fax (0202)	+49 202 563 8531
E-Mail	silke.meuter@stadt.wuppertal.de
Datum	16.06.2016

Niederschrift

über die öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Ausschusses Soziales, Familie und Gesundheit (SI/1543/16) am 15.06.2016

Anwesend sind:
Vorsitz
Herr Michael Wessel ,
von der CDU-Fraktion
Frau Rosemarie Gundelbacher , Frau Claudia Hardt , Herr Christian Schmidt ,
von der SPD-Fraktion
Herr Mark Esteban Palomo , Frau Ulrike Fischer , Frau Suzanne Kettig , Herr Thomas Kring ,
von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Frau Ilona Schäfer , Herr Marcel Simon ,
von der FDP-Fraktion
Frau Eva Schroeder ,
von der Fraktion DIE LINKE
Herr Cemal Agir ,
von der WfW-Fraktion
Frau Monika Kasten ,
als sachkundige Einwohner/in
Herr Bernd Engels , Herr Frank Gottsmann , Herr Dr. Martin Hamburger , Herr Dr. Christoph Humburg , Herr Thomas Isenberg ,
von der Verwaltung
Herr Dr. Stefan Kühn ,
Vertreter/innen der Verwaltung
Herr Dr. Jörg Rieger , Herr Uwe Temme ,
Gäste
Herr Arnold Norkowsky, Frau Wagener, Herr Rothfuss
Schriftführer / in:
Silke Meuter

Beginn: 16:00 Uhr
Ende: 17:44 Uhr

I. Öffentlicher Teil

1 Mündlicher Bericht "Zwischen Bordell und Bundestag"
Vorlage: VO/0344/16

Frau Wagener berichtet mit Hilfe einer Power Point Präsentation (Anlage 1) über die statistischen Zahlen der Beratungsstelle und über das Gesetz zum Schutz der Prostituierten.
Auf die Frage von Herrn Agir erklärt sie, dass die Besucher der Beratungsstelle aus dem bergischen Städtedreieck kommen und das weitere Sprechzeiten sicherlich genutzt werden würden.
Auf die weiteren Fragen von Herrn Agir erläutert Frau Wagener, dass die Frauen sich nicht anmelden müssen. Es gibt keine Statistik über die im Bereich der Prostitution arbeitenden Frauen. Die Polizei wertet Gewerbeanmeldungen aus, die auf Prostitution hinweisen.
Es ist über Kinderprostitution offiziell nichts bekannt. Es werden auf eigenen Wunsch in der Beratungsstelle junge minderjährige Männer beraten. Kinderprostitution im Internet ist nicht greifbar.
Frauen aus Balkanländer wie Rumänien und Bulgarien sind in der Szene bekannt. Die Probleme dieser Frauen sind verschiedenster Art. Von der Caritas werden für diese Frauen Projekte wie „Magdalena“ und „Eva“ angeboten, um Hilfestellung zu geben.
Frau Schäfer fragt, ob es Strategien gibt, wie man auf ein eventuelles „Abtauchen“ der Frauen aufgrund des neuen Gesetzes reagieren möchte und ob es durch das Gesetz eine Mehrarbeit für die Verwaltung gibt. Herr Kring stellt die Frage, ob die Mehrarbeit personell zu leisten ist und ob es für diese Mehrarbeit Mittel vom Bund geben wird. Frau Wagener erklärt hierzu, dass es keine Strategien gibt. Das Verhalten der Frauen wird nur ein kleiner Bestandteil dessen sein, was passieren könnte. Es wird Mehrarbeit entstehen, die nicht leistbar ist, da eine zu geringen Stundenzahl als Mitarbeiterin für drei Städte zur Verfügung steht. Es soll eine Finanzierung durch den Bund geben, aber in welcher Höhe ist noch nicht bekannt.
Herr Dr. Hamburger weist darauf hin, dass die Projekte der Caritas von der EU weiterhin finanziert sind. Er stellt die Frage, wie mit der Aufgabe umgegangen werden soll. Dr. Kühn kann dies zurzeit noch nicht beantworten. Es wird eine Absprache mit Herr Dr. Rieger geben. Das Ergebnis wird in der nächsten Sitzung bekannt gegeben.

<u>Beschluss des Ausschusses für Soziales, Familie und Gesundheit vom 15.06.2016:</u>

Entgegennahme ohne Beschluss

2 Jahresbericht der Selbsthilfe-Kontaktstelle 2015
Vorlage: VO/0318/16

Herr Simon bittet um eine Aussicht auf das Jahr 2016. Er sieht in dem Bericht einen hohen Fortbildungsbedarf. Sind in diesem Zusammenhang eigene Angebote geplant? Desweiteren bittet er um Erläuterung zu der Statistik Kontakt (Seite 8 von 16). Sind die dort abgebildeten Schwankungen ein allgemeiner Trend? Herr Rothfuss berichtet von dem bevorstehenden Gesamtgruppentreffen am 21.06.2016, welches der Bedarfsabfrage bei den Gruppensprechern zu Fortbildungen dienen soll. Zurzeit gibt es Fortbildungen an der Selbsthilfeakademie (paritätischer Dienst). In der vergangenen Woche fand ein Workshop statt, in dem es um Anwerbung neuer Mitglieder in Selbsthilfegruppen ging. Weiteres wird nach der Bedarfsabfrage geplant werden.
Die Schwankungen in den Kontakten können der Stellenun- bzw. neubesetzung

geschuldet sein. Es gab über längere Zeit eine fehlende Erreichbarkeit. Herr Rothfuss informierte alle Selbsthilfegruppen über die Neubesetzung der Stelle durch ihn, woraufhin die Kontakte wieder anstiegen.
Auf die Frage von Frau Hardt erklärte Herr Rothfuss, dass das Fördermittelbudget 5000,00 Euro beträgt.
Im Nachgang informiert Herr Rothfuss die Schriftführerin darüber, dass sich dieses Fördermittelbudget auf die Gruppen bezieht, die nicht über die Krankenkassen gefördert werden. Das Gesamtbudget der Stadt Wuppertal für alle Selbsthilfegruppen beträgt ca. 18000,00 Euro.

Beschluss des Ausschusses für Soziales, Familie und Gesundheit vom 15.06.2016:

Entgegennahme ohne Beschluss

---

3 Finanzierung der Spielsuchtberatung in Wuppertal
Antrag Arbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege in Wuppertal

Herr Dr. Kühn erklärt, dass die an die Diskussion aus dem Jahr 2015 anknüpft. Teilweise wurden bisher die Kosten der Caritas für die Aufgabe gedeckt. Die Haushaltssituation der Stadt Wuppertal gibt eine weitere Finanzierung zurzeit nicht her. Weitere Antworten können nach der Sommerpause gegeben werden.
Dr. Humburg erklärt, dass es wichtig sei, dass es zu einer Umsetzung komme. Es fehlen jährlich 30000,00 Euro. Das Land zahlt 15000,00 Euro unter strengen Auflagen. Fraglich ist, ob die Vergnügungssteuer für diese Maßnahme herangezogen werden könnte.
Herr Wessel trifft die Aussagen, dass es unstrittig ist, dass das Thema beraten wird. Er macht den Vorschlag, dass die Diskussion nach Genehmigung des Haushaltes fortgesetzt wird.
Herr Kring erklärt, dass die Position des Ausschusses sei, dass die Aufgabe wichtig ist, aber zurzeit aufgrund der haushaltstechnischen Situation nicht möglich sei. Oberste Priorität habe der Haushaltsausgleich. Es gibt viele wichtige Themen. Die Vergnügungssteuer ist ein ordnungspolitisches Instrument, welches die Flut von neuen Spielhallen etc. eindämmen soll.
Herr Agir berichtet von Termin mit der Polizei in der Färberei. Er erklärt auch, dass der Rat die Aufgabe unterstützen soll, wenn der Ausschuss die Aufgabe für wichtig hält.
Herr Wessel verweist nochmals auf die weitere Beratung nach der Haushaltsgenehmigung.
Herr Agir stellt die Frage, ob Dr. Kühn den Verbänden die Verfügung über die Mittel sicherstellen kann. Dies verneint Dr. Kühn.
Frau Schäfer weist darauf hin, dass die Zahlen der Betroffenen sehr hoch sind. Auch Familien seien betroffen. Sie hofft auf eine Wegfindung nach der Sommerpause.
Dr. Kühn erklärt, dass das Thema aufgegriffen wird. Es muss hierzu allerdings eine Prioritätenliste erstellt werden und ein Vorschlag, wie man mit dem Thema umgeht. Dies allerdings erst nach der Sommerpause.
Herr Dr. Hamburger stellt klar, dass die Caritas eigene Mittel einbringt. Er sieht den Auftrag gegenüber den Menschen.
Die Angelegenheit wird vertagt.

Beschluss des Ausschusses für Soziales, Familie und Gesundheit vom 15.06.2016:

vertagt

4 **Betriebskostenzuschüsse 2016 an die Altentagesstätten freier Träger**
Vorlage: VO/0357/16

Keine Wortmeldungen

Beschluss des Ausschusses für Soziales, Familie und Gesundheit vom 15.06.2016:

Einstimmig angenommen

5 **Antrag Ausstattung städtischer Gebäude mit Defibrillatoren**
Vorlage: VO/0382/16

Herr Kring erläutert, dass die Notfallversorgung der Menschen hierdurch verbessert werden soll.
Frau Schäfer erklärt, dass sie dies grundsätzlich gut findet, jedoch stellt sie die Frage nach der Finanzierung. Herr Kring erklärt, dass der Antrag sich zunächst auf die Fragestellung nach Strategien zur Umsetzung, Kontaktaufnahme zu anderen Städten und auch auf die Frage der möglichen Finanzierung bezieht und nicht um eine direkte Anschaffung.
Herr Simon schlägt vor, den Antrag zu ergänzen, um die möglichen Standorte priorisiert aufzulisten, die Anzahl der anzuschaffenden Geräte mit Hilfe der Verwaltung und gleichzeitig die finanzielle Seite der Anschaffung zu klären.
Herr Dr. Kühn erklärt, dass von der Verwaltung umfassend geprüft wird, Lösungswege aufgezeigt werden und auch die Finanzierung und auch eventuelle Partner abgeklärt werden.
Herr Kring stellt fest, dass der Antrag nicht wie von Herrn Simon gewünscht, geändert wird.

Beschluss des Ausschusses für Soziales, Familie und Gesundheit vom 15.06.2016:

Einstimmig angenommen

6 **Notfallmedizinische Versorgung in den Wuppertaler Krankenhäusern und Situation der kassenärztlichen Notfallversorgung**
Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 31.05.2016
Vorlage: VO/0454/16

Herr Wessel fragt, ob die Fraktion mit einer mündlichen Erläuterung einverstanden ist. Frau Schäfer erklärt, dass eine schriftliche Antwort gewünscht ist, wenn diese notwendig erscheint.
Herr Dr. Rieger gibt den mündlichen Bericht ab.
Frau Schäfer bittet, eine schriftliche Antwort zum Protokoll zu nehmen (Anlage 2). Sie stellt außerdem die Frage, wie bekannt im Stadtgebiet Notfallpraxen oder der hausärztliche Notdienst sei, da diese die Belastung der Krankenhäuser entzerren könnten. Dr. Rieger antwortet, dass diese Angebote größtenteils nicht bekannt seien, dass die Einwohner aber auch in die Krankenhäuser gingen, um dort die Vollversorgung zu erhalten.

Beschluss des Ausschusses für Soziales, Familie und Gesundheit vom 15.06.2016:

Entgegennahme ohne Beschluss

7 **Neuorganisation innerhalb des Sozialamtes**
Vorlage: VO/0452/16

Frau Schäfer wünscht die Erläuterung der Drucksache. Herr Kring und Herr Agir bitten um Erklärung der Begrifflichkeit „Sozialamt“
Dr. Kühn erklärt daraufhin, dass der neue Name „Sozialamt“ auf Erfahrungen aus der Praxis beruht. Die Bürger und auch die Mitarbeiter reden vom Sozialamt und nicht vom Ressort Soziales. Der Begriff ist auch nicht negativ behaftet.
Die Struktur ergibt sich auch dem Wachstum der Aufgaben über Jahre hinweg. Orientiert an den Bedürfnissen der Bürger aber auch an Räumlichkeiten und Aufgabenänderung wurde die Struktur wie vorliegend gewählt. Herr Temme ergänzt, dass die sozialen Ordnungspartnerschaften abgestimmt wurden. Zurzeit steht die Struktur bis hin zur Abteilung. Die einzelnen Aufgaben werden in Absprache mit den Mitarbeitern geordnet werden.

Beschluss des Ausschusses für Soziales, Familie und Gesundheit vom 15.06.2016:

Entgegennahme ohne Beschluss

8 **Energiesperren und Energiearmut in Wuppertal**
Anfrage der Ratsfraktion DIE LINKE 2.6.2016
Vorlage: VO/0463/16

Herr Kring erklärt, dass dies ein Thema für den Verwaltungsrat des Jobcenters sei. Herr Agir bittet um schriftliche Beantwortung der Fragen. Dr. Kühn erklärt, dass die Beantwortung über den Verwaltungsrat in die Fraktion gelangt.

Beschluss des Ausschusses für Soziales, Familie und Gesundheit vom 15.06.2016:

Nichtbefassung
Verweis an den Verwaltungsrat des Jobcenters

9 **Bericht aus dem Beirat der Menschen mit Behinderung**

Herr Engels möchte über die App der Firma Sonnenschein berichten. Da Herr Böning von der Firma Sonenschein anwesend ist, präsentiert dieser die App und ihre Funktionen mit Hilfe einer Power Point Präsentation (Anlage 3).
Zum 01.07.2016 soll die App im Bereicht der Beförderung behinderter Menschen im Stadtgebiet Wuppertal starten. Es ist geplant den Dienst auszuweiten.
Herr Wessel fragt, ob in der App auch Preise hinterlegt sein werden.
Zielvorstellung des Betreibers ist, dass der Fahrgast den Anbieter nach der Preisgestaltung auswählen kann.

10 **Bericht aus dem Seniorenbeirat**

Frau Gundelbacher berichtet über die Präsentation des Ressort Bauen und Wohnen in der Sitzung des Seniorenbeirates zu den Themen Wohnberechtigungsschein und Wohnungsvermittlung sowie über die Telefonsprechstunde des Seniorenbeirates und den bevorstehenden Runden

Tisch der bergischen Seniorenbeiräte, der am 16.06.2016 im Wuppertaler Hof stattfindet.

11 Bericht aus der Gesundheits-, Alters- und Pflegekonferenz

Frau Schäfer berichtet über die Vorstellungen der neuen Projekte der Wohneinrichtung im Michaelsviertel und der Tagespflegeeinrichtung in Unterbarmen sowie über die Vorstellung des neuen Hospizgesetzes durch Frau Bode des Hospizes Lebenszeiten e.V. und den Bericht der Selbsthilfekontaktstelle.

12 Mitteilungen der Verwaltung

Keine Mitteilungen

13 Verschiedenes

Frau Schäfer bittet um Aufnahme des TOP Antrag auf einen Gebärdendolmetscher für Ratssitzungen sowie um eine Sachstandsmitteilung über die betriebsintegrierten Arbeitsplätze für die nächste Sitzung des Ausschusses am 31.08.2016.

Es steht noch die Besichtigung der Klinik der Stiftung Tannenhof in der Sanderstraße auf. Der Ausschuss beschließt, dass eine Sitzung in den Räumlichkeiten der Sanderstraße statt finden soll. Die Terminabsprache findet zwischen Herrn Wessel, Frau Meuter und der Klinik statt und die Termine werden bekannt gegeben.

„Stv. Michael Wessel“
Vorsitzender

Silke Meuter
Schriftführer/in